Günter Hager-Madun

Die Pledge als emanzipatorisches Instrument politischer Prozesse und Mittel zur nachhaltigen Absicherung der TTIP Verhinderung.

Ein Aktionsforschungsprojekt.

Pledges sind vor allem im angelsächsischen Raum ein durchaus gängiges Instrument im Bereich der repräsentativen Demokratie. Abgeordnete verpflichten sich zu einem bestimmten Abstimmungsverhalten. Oft bezog sich das auf eine Ablehnung von Gesetzesvorhaben politischer Gegner, wie das jüngst bei der Gesundheitsreform von Barack Obama der Fall war, als Newt Gingrich unter republikanischen Abgeordneten eine Ablehnungs-Pledge-Kampagne organisierte.

Eine noch nicht so übliche Ausformung des Pledge Konzeptes sind von Bürger_innen initiierte Kampagnen für die Durchsetzung gemeinwohlfördernder Vorhaben. Im Kontext der Wahlen zum EU Parlament wurde ein Pilot-Versuch gestartet, der von folgender Sachlage ausgeht.

Vorrangige Aufgabe von Rechtssystemen ist der Schutz der schwächeren Systemmitglieder. Die tägliche politische und judizielle Praxis zeigt: die Europäischen Verträge tun das nicht in dem erforderlichen Ausmaß. Alle transnationalen und viele nationale Krisenphänomene sind unmittelbare oder mittelbare Folgeerscheinungen [1].

Der Angelpunkt dieses Konstruktionsfehlers befindet sich in dem als oberstes Rechtsprinzip ausgelegten Artikel 26, Binnenmarkt, des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Der in Absatz 2 [2] befindliche unspezifizierte Begriff „frei" legitimiert und animiert die stärkeren Systemmitglieder zur Durchsetzung ihrer Eigeninteressen [3] und macht damit die anderen von deren Willkür abhängig. Als neoliberaler Wurzelstock generiert er Freiheit für eine winzige Elite und Unfreiheit für die große Mehrheit. Durch die - diesem Grundprinzip folgende - Deregulierung der Märkte haben wir uns selbst entmachtet und diese an die Finanzoligarchie und die Großkonzerne abgegeben.

So lange der neoliberale Wurzelstock nicht gegen ein gemeinwohlförderndes Prinzip ausgetauscht ist, wird er immer wieder neue gemeinwohlschädigende Triebe produzieren. Ein soziales und demokratisches Europa kann mit ihm nicht verwirklicht werden [4]. Deshalb müssen wir diesen Austausch so schnell wie möglich vornehmen.

Die dafür erforderliche Änderung der Machtverhältnisse ist aufgrund der eklatanten strukturellen und finanziellen Ungleichgewichte nicht möglich. Wodurch die europäischen Bürger_innen dagegen als die Souveräne der EU-Mitgliedstaaten gemeinsam mit verantwortungsvollen Politiker_innen auf eine demokratische und friedliche Weise das Primat der Politik wieder herstellen können, ist die Änderung der Rechtsverhältnisse.

Dazu bedarf es einer transnationalen überparteilichen Allianz zwischen Bürger_innen, Politiker_innen, NGOs, Gewerkschafter_innen, Unternehmer_innen und Geldgeber_innen. Als erster Schritt zum Aufbau dieser Allianz wurde im Zuge der Europawahl eine Pledgekampagne mit folgendem Inhalt gestartet.

- *„Solidarische Partnerschaftlichkeit" [5] im Paragraph 26, Binnenmarkt, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, zum obersten primärrechtlichen Prinzip der EU und zum Maßstab aller supranationalen, nationalen und subnationalen Rechtsetzungen und Praktiken zu erklären. Alle bisherigen Rechtsetzungen sind bei Bedarf anzupassen.[6]*
- *Partnerschaftliche Leitlinien für alle wichtigen Politikfelder in einem Europäischen Konvent zu entwickeln, der mit einem Europäischen Referendum abgeschlossen wird.*
- *Gemeinwohlorientierte Forderungen wie die der "Euro Memorandum Group", www.euromemo.eu, verschiedener Parteien, dem Alternativen Handels Mandat http://www.alternativetrademandate.org,von "Europa-geht-anders!" siehe www.europa-geht-anders.eu und anderer Initiativen einzubeziehen.*
- *Neoliberale Verträge mit Drittstaaten - wie der derzeit mit den USA verhandelte TTIP TAFTA Vertrag - in partnerschaftlich-solidarische Verträge zu unseren Bedingungen umzuwandeln oder nicht abzuschließen.*

Die bisher im Rahmen der Pilot-Kampagne gesetzten Schritte sind:

- *Erste Einladung an alle Europaabgeordneten im November und Dezember 2013.*
- *Entwicklung einer Internetplattform www.eunew.eu , die in alle EU-Sprachen übersetzbar ist.*
- *Verbale, visuelle und musikalische Umsetzung des Narrativs einer alternativen europäischen Gemeinschaft.*
- *Kontakt zu verschiedenen NGOs und Übernahme der Forderungen der Europa-geht-anders! Initiative und der Euro Memorandum Gruppe.*
- *Einladung der wichtigsten österreichischen Kandidat_innen zur Unterzeichnung der Pledge im März 2014. 10 % haben bisher unterzeichnet.*

In der bis zur Wahl verbleibenden Zeit werden nochmals alle EU-Abgeordneten kontaktiert und Wähler _innen zur Unterzeichnung der Pledge eingeladen. Nach der Wahl werden die Ergebnisse der Pilot-Kampagne evaluiert. Darauf aufbauend wird ein Konzept für die Weiterführung und Sicherung der diesmal noch fehlenden Ressourcen zu entwickeln sein.

[1)] Die Verherrlichung des Strebens nach Eigennutzen hat zu Rücksichtslosigkeit und Freiheit der Stärkeren und zur eskalierenden Ungleichheit und UNFreiheit der großen Mehrheit geführt. Die Finanzmarktakteure brachten das Europäische Projekt fast zum Scheitern. Gemeinwohl schaffende Aufgaben wie das Sozialwesen, Bildung, Verkehr, Wasserversorgung, Wohnen etc wurden und werden der Profitlogik unterworfen, regionale Unternehmen zum Spielball machtbesessener Megakonzerne und oligopolbestimmter FreiSTILhandelszonen.

Menschen wurden auf Funktionsbestandteile von profitmaximierungsgetriebenen Produktions- und Konsumtionsprozessen reduziert. Die Lohnquote wurde und wird mit dem Argument des Preis-wettbewerbs rückgebaut, Großvermögen, -einkommen und -unternehmen werden steuerlich geschont. Mitgliedstaaten spielen sich gegeneinander aus. Drittstaaten werden FreiSTILhandelsregime und subventionierte Importe aufgezwungen, dort lebende Menschen brutal ausgebeutet oder zu lebensgefährlichen Eigeninitiativen verführt. Die positiven Akzente, die von der EU anzuerkennenderweise gesetzt werden, können das nicht im Entferntesten aufwiegen.

[2)] „Der Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen der Verträge gewährleistet ist.“ [Ein Prinzip, das einer Einschränkung bedarf, ist deswegen das falsche Prinzip, weil seine schadensverhindernden Ergänzungen erst gegen einflussreiche Akteure durchgesetzt werden müssen (was siehe [3)] oft nicht gelingt) und selbst unter idealen Machtverhältnissen aufgrund der natürlichen Unvorhersehbarkeiten keine lückenlose Gemeinwohlorientierung gewährleistet werden kann.]

[3)] Lukas Oberndorfer, Post-neoliberale Integration der EU, "Freiheit", Blaha/Weidenholzer, Momentum, Braumüller, 2010

[4)] „Die konstitutionellen Grundlagen des europäischen Staates schotten diesen gegen eine sozial reformatorische [...] Politik [...] ab [und lassen] Politik nur in einer […] neoliberalen Weise zu“.(Andreas Fishan, Herrschaft im Wandel - Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates, PapyRosa, Köln 2008, 379f)

[5)] „Solidarische Partnerschaftlichkeit“ ist eine Verdichtung des Europäischen Grundwertkanons Freiheit - Gleichheit - Geschwisterlichkeit. Einer Begegnung von freien Akteuren auf gleicher Augenhöhe mit gegenseitiger geschwisterlicher Förderung. Damit der Begriff Partnerschaftlichkeit nicht weiterhin von neoliberalen Akteuren für die Ausbeutung anderer missbraucht werden kann, ist er in der Frage operationalisiert: "Wie handeln wir auf eine das Gemeinwohl fördernde Weise so, dass alle Beteiligten und Betroffenen - wir selbst und die Natur eingeschlossen - mit Prozess und Ergebnis so gut wie möglich leben können?“

„Solidarische Partnerschaftlichkeit“ zeichnet sich durch eine hohe integrative Qualität aus. Es findet sich dem Sinn nach in allen gemeinwohlorientierten politischen Strömungen: christlich-sozialen, sozialdemokratisch / linken, grünen, klassisch- und ordo-liberalen. Sogar Neoliberale werden sich schwer tun, dagegen zu argumentieren, weil sie den Begriff selbst permanent mißbrauchen, um andere über den Tisch zu ziehen. Seine Verrechtlichung trägt Barack Obamas Feststellung Rechnung, dass Ideale nur dann Sinn machen, wenn sie Eingang in die Gesetzgebung finden.

[6)] Im besonderen betrifft das die Artikel 21 VEU, 63, 106, 119, 120 ,127, 130, 206 VAEU, die - vor der

Wie kann eine Änderung der aktuellen „Verdichtung der Kräfteverhältnisse“ auf EU Ebene zur Herstellung emanzipatorischer Verhältnisse beitragen?

Versuch einer Antwort auf das Trackleiter_innen Feedback.

Im TrackleiterInnen-Feedback wurde die Frage gestellt, „aufgrund welcher spezifischen Verdichtung das Recht besser als die Politik geeignet ist, emanzipatorischen Verhältnissen zum Durchbruch zu verhelfen“. Aufgrund der aktuellen Verdichtung der Kräfteverhältnisse in den EU-Verträgen ist die Politik heute überhaupt nicht geeignet, einen richtungsgebenden Einfluß auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu nehmen. Die damals an der Macht befindlichen Politiker_innen haben sich - und jene, die ihnen ihre Interessen anvertraut hatten - durch die Deregulierung der Märkte selbst entmachtet. Damit stehen wir heute vor der Aufgabe, gemeinsam mit verantwortungsvollen Politiker_innen mit Hilfe dafür geeigneter Rechtsbestände die Vorherrschaft der Finanzoligarchie und der Großkonzerne zu beenden und das Primat der Politik, der Demokratie und der Bürger_innenrechte wieder herzustellen. Dafür haben wir einen Lösungsansatz zu entwickeln versucht.

Bei der von den Trackleiter_innen eingeforderten Erarbeitung eines kritischen Rechtsverständnisses möchte ich von drei Thesen ausgehen. These 1: Rechtsbestände in demokratisch verfassten Gesellschaften sind nur dann als legitim zu betrachten, wenn bei der „Verdichtung der Machtverhältnisse“ der Wille des aufgeklärten demokratischen Souveräns zum Ausdruck gekommen ist. These 2: Rechtsbestände sind nur dann legitim, wenn sie gemeinwohldienlicher Natur sind und die Schwächeren vor Benachteiligung durch die Stärkeren schützen. These 3: Bei einem Wettstreit der Rechtsordnungen ist - unabhängig von anderslautenden Bestimmungen - jener Rechtsordnung Vorrang einzuräumen, die dem Willen des demokratischen Souveräns zum Durchbruch verhelfen kann.

In Bezug auf die gegenständliche Pledge-Kampagne, die eine Änderung des Binnenmarktartikels zum Gegenstand hatte, bedeutet dies folgendes.

These 1: Bei diesem Rechtsbestand konnte der Wille des demokratischen Souveräns gar nicht zum Ausdruck kommen, weil der wirkliche Inhalt mehrfach verschleiert wurde. Die ursprüngliche Verschleierung erfolgte durch die Protagonisten des Neoliberalimus, Hajek, Friedman und anderen, die den Europäischen Urwertekanon von Freiheit - Gleichheit - Geschwisterlichkeit amputierten, indem sie einen in keinster Weise spezifizierten Freiheitsbegriff zum obersten und alleinigen Prinzip erklärten. Perfektioniert haben sie diesen Betrug dadurch, dass sie Adam Smith' entscheidende Nebenbedingung für das Funktionieren von Märkten - das was Smith die „Tugend“ der Akteure nannte - verschwiegen. Smith verstand Märkte als soziale Systeme. Die Neoliberalen behaupteten, dass Märkte unabhängig vom Verhalten der Marktteilnehmer_innen durch die ihnen innewohnende Dynamik - einer „unsichtbaren Hand“ - immer zum bestmöglichen Ergebnis führen. Das taten sie so überzeugend, dass die neoliberale Doktrin nicht nur zur dominanten Lehre wurde, sondern auch de jure den Interessen der Bürger_innen verpflichtete Politiker_innen auf der ganzen Welt auf die neoliberalen Wohlstandsversprechungen hineinfielen und die Märkte weltweit deregulierten. Vollendet wurde die Verschleierung durch die Mitglieder des Europäischen Rates, die laut dem Co-Konventpräsidenten Giuliano Amato die Weisung erteilten, den Lissabonvertrag „unverständlich“ abzufassen (eurobserver.com, 16. 7. 2007). Und um ganz sicher zu gehen, wurde der Vertrag dem demokratischen Souverän selbst gar nicht mehr vorgelegt bzw. fand die Vertragsablehnung der Bürger_innen von drei Staaten keine Berücksichtigung.

These 2: Dass der fragliche Rechtsbestand das Gemeinwohl NICHT fördert und die Schwächeren NICHT vor den Stärkeren schützt, bedarf in Anbetracht des europäischen Krisenszenarios wohl keines weiteren Kommentars. Damit das der vorgeschlagene neue Rechtsbestand leisten kann, sind für alle Entscheidungsprozesse pragmatische Umsetzungsverfahren zu entwickeln. Siehe http://www.eunew.eu/index.php/2014-01-06-15-58-29/umsetzung-von-partnerschaftlichkeit

These 3: Glücklicherweise postulieren die in den nationalen Verfassungen verdichteten Kräfteverhältnisse die Bürger_innen respektive das Volk als obersten Souverän. Trotz der unbegrenzten Möglichkeiten, mit denen Finanzoligarchie und Großkonzerne Politiker_innen nach wie vor auf ihre Seite zu ziehen versuchen, gibt es erfreulicherweise auch heute noch Politiker_innen, die ihren Wähler_innen die Treue halten. Das eröffnet die Chance, in einer Allianz zwischen emanzipierten Bürger_innen und solchen verantwortungsbewussten Politiker_innen ,,.lunter Berufung auf die nationalsstaatlich

EU-Verträge beseitigt, der Rücksichtslosigkeit produzierende neoliberale Freiheitsbegriff durch einen auf solidarischer Partnerschaftlichkeit basierten Freiheitsbegriff ersetzt wird und das Primat der Politik, Demokratie und Bürger_innenrechte wieder hergestellt werden kann. Immerhin hat sogar ein aus dem Zentrum der Finanzmacht kommender Politiker wie Jean Claude Juncker gesagt: „Die Politik hat dann ihr Primat verloren, wenn sie sich nicht daran erinnert, dass sie sich ihres Primats wieder mächtig machen kann." Es ist zu hoffen, dass er als Kommissionspräsident dazu etwas beiträgt.

Die im Zuge der Europawahlen 2014 versuchte Pledgekampage war ein erster Schritt dazu. Pledges eignen sich besonders für politische Verfasstheiten, in denen den Interessen des Souveräns nicht im wünschenswerten Ausmaß Rechnung getragen wird. Aufgrund der neoliberalen Vertragsinhalte, der Machtkonzentration bei Rat und Kommission, der mit einer „Resignationsgarantie" ausgestatteten Europäischen BürgerInnen Initiative und der omnipräsenten Verführungspraktiken der IndustrielobbyistInnen trifft diese Erfolgsbedingung auf die EU in einem besonders hohen Ausmaß zu.

Trotzdem gelang es nicht, der Verwirklichung einer Vertragänderung entscheidend näher zu kommen. Hauptursache war, dass wir aufgrund einer mangelnden Vernetztheit im zweiten Anlauf nur mehr die österreichischen Kandidat_innen kontaktieren konnten. Von den Medien wurden wir mit dem Argument "kein Newswert" totgeschwiegen, obwohl wir als überparteiliche Wahlallianz über drei kompetente Kandidat_innen verfügten. Mit Joe Weidenholzer und Michel Reimon sitzen heute zwei davon im Europäischen Parlament. Das sind immerhin mehr als 10 % aller österreichischen Abgeordneten. Dass mit Pledge-Kampagnen in der EU erfolgreich politischer Druck aufgebaut werden kann, zeigt die von Alter EU www.alter-eu.org im Zuge der Europawahl 2014 durchgeführte Pledgekampagne gegen den Lobbyismus. Dabei haben 177 Abgeordneten mitgetan. Bei der Pledgekampagne des Alternativen Handels Mandats http://www.alternativetrademandate.org waren es immerhin 66 Abgeordnete. In Summe haben sich Pledges als geeignetes Instrument zur Initiierung emanzipatorischer Prozesse bestätigt.

Obwohl damit nur indirekt auf die EU-Ebene eingewirkt werden kann, werden wir Pledgekampagnen auch bei nationalen und regionalen Wahlen zu initiieren versuchen. Diese werden zwar weniger direkt in das EU Parlament hineinwirken, aber das Thema am Kochen halten und die nationalen Regierungen mit der Frage konfrontieren. Was in Hinblick auf deren maßgeblichen Einfluß auf EU-Vertragsänderungen wichtig ist - und gleichzeitg auf die von den Trackleiter_innen gestellte Frage eingeht, dass es für eine Vertragsänderung auch der Zustimmung aller Ratsmitglieder bedarf. Dass sich solidarische Partnerschaftlichkeit sinngemäß in allen gemeinwohlorientierten politischen Strömungen findet - christlich-sozialen, sozial-demokratisch / linken, grünen, klassisch und ordo-liberalen - und Neoliberale schwer dagegen argumentieren können, sollte bei der Konsensfindung hilfreich sein.

Parallel zu den nationalen Pledgekampagnen starten wir jetzt eine selbstermächtigte Europäische Bürger_innen und Partner_innen Initiative. Die "EBPI" unterscheidet sich von einer kommissionsgenehmigten „European-Citizen-Initiative" durch drei Aspekte. Sie unterwirft sich nicht der Gnade der Kommission. Sie bezieht ihre Legalität aus der nationalstaatlichen Souveränität ihrer UnterzeichnerInnen. Sie erhält ihre Legitimation durch die Partnerschaft mit PolitikerInnen, NGOs, Gewerkschaften, Unternehmen, Medienmenschen und Geldgebern, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen. Sie zielt auf die Beteiligung aller Mitgliedsstaaten ab. Sie ist zeitlich nicht limitiert. Ideal wäre es, wenn es gelingt, die EBPI im Kontext der TTIP EBI als nachhaltige Absicherungsstrategie zu plazieren.

Durch das Unterzeichnen dieser Initiative kann der Grundstein zu einer europaweiten Allianz gelegt werden. Über die multilinguale Internetplattform www.eunew.eu können emanzipierte Bürger_innen quer durch Europa miteinander in Kontakt treten und einander beim Kampf für das große Gemeinsame und die vielen kleinen, genau so wichtigen Anliegen solidarisch partnerschaftlich unterstützen. Darüber hinaus könnten sowohl die Plegekampagnen als auch die "EBPI" maßgeblich dazu beitragen, der von allen demokratischen Kräften heftig beklagten, äußerst bescheidenen Wahlbeteiligung auf allen politischen Ebenen durch attraktive Beteiligungsmöglichkeiten entgegen zu wirken. Entscheidend wird sein, dass es gelingt, zwischen allen das unverzichtbare gegenseitige Vertrauen aufzubauen.

Idealtypischerweise müßte ein Europäisches Erneuerungsprojekt wie dieses das Ergebnis eines breiten Diskussionsprozesses sein, an dem alle gemeinwohlbewegten Akteure und Organisationen der europäischen Politik und Zivilgesellschaft beteiligt sind. Wir haben das zu initiieren versucht. Leider ist es uns nicht gelungen. Vor die Wahl gestellt, das Vorhaben fallen zu lassen, oder einen umsetzungsreifen Vorschlag als Input einzubringen, haben wir uns für das letztere entschieden. Ob wir damit zu der angestrebten Erneuerung der EU beitragen können, hängt davon ab, ob der Vorschlag von genügend kooperationsbereiten Menschen und Organisationen aufgegriffen wird. Damit die Macht wieder dorthin kommt, wo sie hin gehört: zu den Menschen und verantwortungsvollen PolitikerInnen.